

Horst Müller

Nürnberg, am 21. Februar 2020

Kommentar zum Konzept einer sozial-ökologischen Transformation

Ich beziehe mich auf das Positionspapier des Koordinierungskreises zur Attac-Diskussion um eine sozial-ökologische Transformation (Januar 2020). Es heißt, zentraler Bezugspunkt von Attac sei bisher die Problematik der Finanzmärkte und die damit verbundene kapitalistische Globalisierung. Inzwischen sei unumgänglich, die soziale mit der ökologischen Frage zu verknüpfen. So wurde die sozial-ökologische Transformation schon 2018 als Schwerpunkt beschlossen und 2019 als erstes Thema Mobilität fokussiert.

Die strategische Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation soll die Vernetzung mit anderen Akteuren aus den „sozialen und Klimagerechtigkeitsbewegungen“ ermöglichen. Dabei sei klar: „Ein Systemwechsel ist nötig“, wir brauchen „System Change – not climate change“. Und „der Begriff sozial-ökologische Transformation steht für diesen Systemwechsel, den wir in allen Lebensbereichen benötigen.“

Vorbemerkungen

Dass man die akuten gesellschaftlichen Probleme im Bewusstsein eines letztlich nötigen *System Change* angeht, hat den Ansatz und die Bewegung von Attac schon immer sympathisch gemacht. Mit der jetzt beschlossenen Erweiterung und Öffnung des Themenfeldes, praktisch für die gesamte Alternativen- und Transformationsdebatte, zeigen sich aber auch etliche Unklarheiten und Schwierigkeiten, die mit diesem Schritt verbunden sind.

Das beginnt mit der strategischen Titulatur *sozial-ökologisch*. Mit einigem Bewusstsein bezüglich der Systemfrage und der Rangfolge von Problemen müsste, zumindest im Fortgang, von einer „sozial-ökonomischen und ökologischen Transformation“ die Rede sein. Vernetzt man sich etwa mit der Umwelt- und Klimabewegung, so wäre es noch mehr angebracht, über die nötige politisch-ökonomische Fundierung der Systemkritik und der heutigen Protestbewegungen nachzudenken.

Gerade wenn man den Blick auf die Veränderung des Ganzen richtet, wo in der Tat „alle Sektoren des gesellschaftlichen Lebens dominiert und verknüpft durch Kapitalverwertungsinteressen“ sind, sollten die Begriffe sorgfältig abgewogen werden. Es muss eine stichhaltige Sicht auf das politisch-ökonomische System und seine Problematik entwickelt werden, sonst wird am Ende alles grün.

Das Positionspapier ist allerdings zerstreut wie alle Strebungen für ein „gutes Leben für alle“: Geht es nicht um ein *besseres* Leben und für *andere Verhältnisse*? Attac teilt jetzt die vielfältigen und teils eklatanten Schwierigkeiten des Feldes, dem man sich geöffnet hat: Die sogenannte Mosaiklinke oder das „emanzipatorische Lager“ bietet kein stimmiges Bild, und von einer konkreten Systemalternative kann weithin nicht die Rede sein.

Zur Analyse des systemischen Kernproblems

Das systemische und epochale Problem im angesprochenen Gesamtzusammenhang ist die gesellschaftlich bestimmende Reproduktionsform der Kapitalwirtschaft und die so oder so an diese Wirtschaftsweise gebundene, bedingte Staats- oder Gesellschaftsform. Was ist dabei das Kernproblem?

Das Geheimnis der vorherrschenden, offensichtlich „wachstums- und profitgetriebenen, zerstörerischen Wirtschaftsweise“ ist ihr intrinsisches ökonomisches Kalkül. Dieses impliziert einen immer wieder und mehrdimensional wirkenden Verwertungs-, Rationalisierungs-, Akkumulations-, Wachstums-, Innovations- und Expansions- und Extraktionszwang. Eben dieser markiert die wirtschaftsgeschichtlich treibende Spezifik des Systems und ist für dieses unauflösbar. Die Tendenz, dadurch die Erde bzw. die Naturgrundlagen und den Arbeiter bzw. die ihre gesellschaftlichen Welten erzeugenden Menschen zu ruinieren, hatte Marx aufgrund seiner Tiefenanalyse der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft erfasst.

Bei der üblichen Rede von einem „Wachstumszwang“, so auch in der Degrowth- und Postwachstumsdebatte, kommt die entscheidende politisch-ökonomische Kernproblematik der Kapitalismusanalyse nicht in den Blick. Ebenso ist die Rede von der „Profitmaximierung“ ein beliebter Terminus, der vor allem auf die subjektive Seite aufmerksam macht. Profit durch immer neue unternehmerische Initiativen immer neu zu generieren, ist primär ein Systemzwang innerhalb der Realwirtschaft und trifft jeden Unternehmer. Eine Finanz-, Profiteurs- und Bonikaste spielt bei dieser Ordnung oder Unordnung der Dinge freilich überall mit.

Bei der Fokussierung auf den „Mehrwert“ bekommt man die gesellschaftlichen Transformationsprobleme nur halb in den Blick: Von Seiten der Verwertungsökonomie werden die steuerlichen Anforderungen des Staats- und Gemeinwesens gerne abgewehrt, rangiert der Sozialstaat und das Öffentliche vor allem als Unkostenfaktor, wenn nicht als Melkkuh. Es entwickelte sich so ein Sozialstaat an der kurzen Leine. Es wird also nicht nur die primäre Subordination der industriewirtschaftlichen Arbeit unter Kapitalinteressen erzwungen, sondern zugleich ein Austeritätsregime des verschuldeten Steuerstaats über das Öffentliche und damit auch eine sekundäre Subordination sozialwirtschaftlicher Arbeit. So agiert der verschuldete Steuerstaats auch als Promotor der Kapitalwirtschaft, von der er fiskalisch lebt, geriert sich als Wettbewerbsstaat oder gegebenenfalls auch extra muros als entsprechend hochgerüsteter Interventionsstaat.

Es ist eben dieser ganze Komplex einer menschlich, gesellschaftlich und geschichtlich überholten, überfälligen Reproduktionsform und Sozialformierung, der in einen transformatorischen Prozess hineingezogen werden soll.

Der Sozialkapitalismus als das Was der Transformation

Die Wurzel der Probleme liegt freilich im Ökonomischen. Spricht man aber nur allgemein von einer Überwindung der herrschenden Wirtschaftsweise, so wird dabei noch eine verengte Vorstellung von *der* Wirtschaft mitgeschleppt: Das wirtschaftliche Leben im modernen Sozialkapitalismus beruht wesentlich auf einem komplementären Verhältnis von industriewirtschaftlicher Warenproduktion und einer zweiten Hauptabteilung der immer bedeutenderen sozial-infrastrukturellen Leistungen oder „sozialwirtschaftlichen Dienste“, wenn man so will Angelegenheiten der ver.di Gewerkschaften. Diese öffentlichen Angebote werden durch die sozioökonomisch zentrale Rolle des Steuer- und Sozialstaats vermittelt. Die Staats- und Sozialhaushalte oder die Staatsquote bilden das ab.

Marx konnte von dieser Konfiguration nichts wissen, und der buchgläubige Marxismus hat bis heute weder die spezifische Formbildung der sozialwirtschaftlichen Dienste, noch die grundsätzliche Veränderung der ursprünglichen sogenannten Reproduktionsschemata, oder gar etwas von einer im Schoße der modernen Sozialstaatlichkeit, also mehr oder weniger latent, bereits andrängenden Alternative begriffen.

Selbst ohne dies könnte man zunächst mit Blick auf die bestehende Weltunordnung verstehen, dass eine mehr oder weniger geglückte national- und sozialstaatliche Formierung der Gesellschaft die reellste Ausgangsbasis für eine noch mögliche gesellschaftliche Emanzipa-

tion und zugleich den wichtigsten Stützpunkt gegen Tendenzen zum Staatszerfall und eine zunehmend drohende Entzivilisierung darstellt.

Im Interesse gesellschaftlicher Transformation muss es daher ganz wesentlich um die Verteidigung der national- und sozialstaatlichen, demokratischen und souveränen Konstitution als Basisorganisation zivilisierter Gesellschaftlichkeit im 21. Jahrhundert gehen, also gegen neoliberale Zumutungen und Pressionen von innen und außen, gegen Korruption und Diktatur sowie gegen Wirtschaftskriege und Aggressionen, vor allem auch gegen nach alle nach rechts drängenden politischen Gegenkräfte.

Aus diesem Grund ist die Behandlung des Nationalen in der ganz überwiegenden Art, als gehe es dabei immer irgendwie um Nationalismus und vor allem eine Angelegenheit der Rechten, ein Fehler der Linken. Man überlässt den fundamentalsten, nationalstaatlichen Konstitutionsaspekt moderner Gesellschaftlichkeit und die immer noch reellste Ausgangsbasis einer gesellschaftlichen Befreiung der politischen Rechten. Im gesamten Positionspapier kommt der Begriff „Staat“ als solcher nicht vor.

Transformationsanalytik und die latente Systemalternative

Meine eigene These zur Staatlichkeit lautet: Zwecks Verteidigung und Entwicklung des demokratischen Sozialstaats oder Gemeinwesens geht es in erster Linie um die Herstellung des Zustandes, dass die im öffentlichen, sozial-infrastrukturellen Bereich oder in den sozialwirtschaftlichen Diensten erbrachten Leistungen aus Steuern auf Einkommen und künftig vor allem auch auf investive Kapitalien finanziert werden: Die annähernde Diskussion über Maschinen-, Roboter- oder Wertschöpfungssteuern wurde leider immer wieder abgewürgt.

Dass ein wirtschaftlich existenzfähiges Gemeinwesen nicht das Recht oder gar die Pflicht hat, den fürs Allgemeine und Ganze nötigen Teil voll einzufordern, anstatt sich in die Staatsverschuldung treiben zu lassen, ist eine im Grunde einfache, aber im geläufigen Wirtschaftsdenken auch wieder nicht so leicht zu fassende Annahme.

Wenn man davon absieht und unvermittelt auf eine „gerechte“ Besteuerung pocht, dann ist die Frage, was das heißen soll – im Verhältnis von Arbeit und Kapital kann es ein Maß für Gerechtigkeit, etwa einen „gerechten Lohn“, überhaupt nicht geben. Entsprechendes gilt für den Begriff „gerechte Wirtschaftsweise“. Gerecht ist der Tod, weil er alle gleich trifft, und ansonsten gibt es unzählige grobe Ungerechtigkeiten und Gemeinheiten in der Welt. Um dem abzuhelpen, braucht es eine mensch- und damit auch naturgemäßere, zivilisatorisch höher stehende „Produktionsweise und Gesellschaftsform“, wie Marx das nannte.

Es geht bei der angesprochenen Frage der Besteuerung, die im Positionspapier überhaupt nicht zur Sprache kommt, nicht nur um Durchsetzung von Steuerpflichten, sondern um eine bisher fehlende Besteuerung des sogenannten konstanten oder investiven Kapitals. Das läuft auf eine grundsätzliche Erweiterung des bisher primär einkommensorientierten Steuersystems hinaus.

Was höhere Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern angeht, so ändern sie nichts Grundsätzliches am System, sondern haben dieses vielmehr zur Voraussetzung. Das gilt auch für jene Finanztransaktionssteuer, womit den mehr oder weniger pervertierten Finanzmärkten „Ressourcen entzogen und in sozial-ökologische Aufgaben investiert“ werden könnten.

Demgegenüber wäre die Besteuerung des politökonomisch sogenannten konstanten, einfach gesprochen investiven Kapitals eben keine bloße Umverteilung, sondern greift an einem Knotenpunkt der Systemverhältnisse an und bedeutet die Inkraftsetzung andersartiger

volkswirtschaftlicher Wert- und Reproduktionsverhältnisse. Das wäre der Beginn einer Umstimmung im Ganzen.

Ein erster Schritt der sozial-ökonomischen Transformation wäre also die fiskalisch ansetzende Befreiung des Steuer-, Rechts- und Sozialstaats aus der Staatverschuldung, dadurch zugleich auch die Gewinnung von Mitteln für eine Ausfaltung oder Emanzipation des Öffentlichen als sozusagen zweite Hand der gesellschaftlichen Arbeit. Hier geht es um produktive, wertschaffende Arbeit für sozialwirtschaftliche Leistungen, welche den allgemeinen, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Existenzgrundlagen der Wirtschaft und Gesellschaft oder dem ganzen zivilisatorischen Gehäuse gelten, in dem die Individuen sich schließlich entfalten möchten.

Diese Orientierung bedingt über eine Steuerreform hinaus die prinzipielle Ablehnung der Privatisierung des Öffentlichen oder Sozialwirtschaftlichen, also von Erziehung und Bildung über den öffentlichen Dienst, der harten Infrastrukturen der Energieversorgung, der Verkehrs- und Kommunikationssysteme bis hin zu den Einrichtungen und Diensten der „sozialen Sicherungssysteme, der Gesundheits- und Alterssicherung“, sowie der Sorge für die Natur und Umwelt, insbesondere für das Klima als planetarisches Problem.

In der warenproduzierenden, kapitalwirtschaftlichen Abteilung ginge es demgegenüber zunächst um die erweiterte Steuerpflicht, eigentlich um eine Kapitaltransfersteuer, deren Mittel zur Finanzierung des Öffentlichen übergeleitet werden. Dem gegenüber bleiben etwa unvermittelte Forderungen nach einer „Entmachtung der Konzerne“ illusorisch. In jedem Fall ist weiter mit zu bedenken, dass und wie eine so oder so gestaltete markt- und weltwirtschaftliche Verflechtung des waren- und industriegewirtschaftlichen Sektors weiter besteht.

Die Lösung dieser Probleme deutet sich mit dem Begriff einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ an. Dass eine kapitalistische oder gar neoliberal radikalisierte Marktwirtschaft die Dinge im Lot hält oder zum Besten ist, ist dem gegenüber grober liberalistischer Unsinn.

Wenn man schon auf dem Feld der kapitalwirtschaftlichen Warenproduktion „eine Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften“ fordert, dann ist allerdings nicht einzusehen, warum in der Unternehmensorganisation, beispielsweise in Aufsichtsräten, nicht auch direkte lokale sowie gesamtgesellschaftliche, sozialstaatliche Vertretungen angemessen wären. Insofern ist die bisherige Mitbestimmung eine im Grunde ungenügende Angelegenheit.

Die angesprochenen negativen Konsequenzen des ökonomischen Kalküls alias Wachstumszwangs der Kapitalwirtschaft verlangen selbstverständlich und auch „ordnungspolitische Maßnahmen“, Regelungen und direkte Interventionen von Seiten des Souveräns. Dies nicht nur zum Erreichen von „Reduktionszielen“ wie z.B. „Grenzwerte, Ausstiegszeiträume oder Verbote für schädliche Verfahren und Produkte“. Es geht zudem um eine gesellschaftliche und zukunftsbezogene, auch außenwirtschaftlich abzusichernde und geregelte Gestaltung gesamtökonomischer Strukturen, zu denen Unternehmen und Branchen von sich aus weder willens noch in der Lage sind.

Es würde nicht genügen zu fordern, dass Einrichtungen einer „Daseinsfürsorge“ in der Form öffentlichen Eigentum zu betreiben wären und „nicht den Einflüssen der Finanzmärkte“ ausgesetzt sind: Fürs erste sprengt die sozioökonomische Form oder der Grundbegriff der sozialwirtschaftlichen Dienste die Verengung eines dem Staat überantworteten oder besser zugemuteten bloßen Notdurft-, Ausgleichs- und Sorgehandelns.

Es geht bei diesen Dingen nicht nur um eine Sicherung und Sorge, sondern um die möglichst positive Entwicklung der allgemeinen Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Individuen und der Gesellschaft, auch um eine überfällige Emanzipation der gesellschaftlichen Arbeit in der Form sozialwirtschaftlicher Dienste, im paritätischen Verhältnis zur Industriearbeit.

Diese produziert keine gebildeten und gesunden Menschen, auch Wunderwerke der Technik, aber dabei ebenso massenhaft überflüssig, schädlich und derart überschüssig im Verhältnis zum gesellschaftlichen Bedarf, dass die Expansion in den Weltmarkt eine Existenzbedingung der Verwertungswirtschaft ist. Dass die große freihändlerische und imperiale Expansion heute, in der im 21. Jahrhundert eröffneten Übergangsepoche, an einem systemischen und existenziellen Umschlags- und Rückschlagspunkt angelangt ist, ist eine andere Frage.

Es geht jedenfalls nicht nur um eine „Trennung von der Logik der Profitmaximierung“ und vielleicht noch staatliche Subventionierung. Erforderlich und möglich ist vielmehr die ganz überwiegend öffentliche Finanzierung, sozialwirtschaftliche Ausrichtung und Kontrolle. Auf dieser Grundlage kann die Inanspruchnahme durch die Allgemeinheit mit Gebühren statt mit Preisen verbunden werden, z.B. im öffentlichen Verkehr auf der kommunalen, lokalen Ebene.

Für das Spektrum der sozialwirtschaftlichen Dienste könnte einen neuen Typus öffentlich-rechtlicher, gemeinwesenorientierter Betriebs- und Unternehmensverfassungen erarbeitet werden. Auch sollten entsprechende Rückabwicklungen im Sinne einer Rekommunalisierung und Resozialisierung eingeleitet werden. Jedenfalls geht es nicht um Verstaatlichung im gewöhnlichen Verständnis.

Schließlich kann die zur wirksamen Verteidigung und Emanzipation des Sozialstaatswesens nötige Kapitaltransfersteuer eine nur einleitende transformatorische Maßnahme darstellen: Das Kernproblem kann nicht etwa durch Einkaufs- und Verhaltensempfehlungen gelöst werden. Es geht vielmehr um die reale Aussicht auf eine Brechung oder zumindest wesentliche Einhegung des der produzierenden Wirtschaft inhärenten Wachstumszwangs.

Erforderlich wäre ein wert-, reproduktions- und praxistheoretisches Konzept, eine andersartige sozioökonomische Konfiguration, die von einem anderen, haushälterischen ökonomischen Kalkül beseelt ist. Man kann diese enorme theoretische Lücke jetzt nicht einfach überspringen, nachdem die dazu eigentlich berufene marxistische politische Ökonomie seit mehr als 100 Jahren nichts Tragfähiges entwickelt hat.

Aus bisherigen Überlegungen ergibt sich definitiv so viel, dass die Lösung des Problems überhaupt erst auf dem sozialkapitalistischen Entwicklungsniveau möglich ist, insofern sich in dieser dreigliedrigen Struktur bereits eine Systemalternative kristallisiert und derart auch wirklich, wenn auch latent existiert. Auf industriekapitalistischer Stufenleiter war die erhoffte Systemalternative noch nicht innerlich angelegt.

Die grundsätzliche These lautet, dass die Eliminierung des Steigerungszwangs im Prinzip bedeutet, die kapitalwirtschaftliche, jetzt in sozialkapitalistischer Fassung erweiternde Reproduktionsformierung auf die Form einer sogenannten einfachen Reproduktion zurückzuführen. Dies auf dem inzwischen erreichten höheren Niveau der Produktivität. Die Wirtschaft würde sich dadurch in ein bilanziell, sowohl betriebs- wie volkswirtschaftlich, schlüssiges und qualitativ in jeder Weise entwicklungs-fähiges System verwandeln. Dieses könnte gesellschaftlich zwangsfrei und überlegt gehandhabt werden. Insofern dreht sich der momentane Streit um Wachstum oder aber Degrowth noch um eine falsche Alternative und es müsste ganz neu bedacht werden, was eine nicht- oder postkapitalistische, wenn man so will sozialistische Ökonomik eigentlich sei.

Die neoliberale Offensive und Globalisierung

Mit im Zentrum aller transformationstheoretischen Überlegungen steht natürlich die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Offensive und Globalisierung, die sich nunmehr schon seit über 30 Jahren gegen jegliche emanzipative Sozialstaatlichkeit oder auch demokratische

gesellschaftliche Selbstentwicklung richtet. Mit Blick auf die latent vorkonfigurierte Systemalternative handelt es sich nicht nur um eine versuchte Krisenbewältigung oder radikale Optimierungsstrategie, sondern um eine Gegenrevolution.

Die dagegen aufgebotene Systemkritik gilt der neoliberalen, deregulierten und entgrenzten, krisenträchtigen Kapitalwirtschaft, ihrer finanzkapitalistischen Aufblähung und Radikalisierung, der gesellschaftlichen Spaltung und Armut, der Entmächtigung des Sozialstaats und Politik der sozialen Austerität, der Privatisierung des Öffentlichen, den Entstellungen des Alltagslebens und der sozialen Identität der Menschen, den Folgen der liberalistischen Doktrinen und Handelsverträge für den internationalen Verkehr und für die Entwicklung der schwächeren Gesellschaften, der inzwischen fortgeschrittenen Extraktion und Erosion der planetarischen Existenzgrundlagen.

Das alles liegt längst auf dem Tisch, und an wiederholten und eindringlichen Untersuchungen über diese und noch viel mehr Übelstände mangelt es nicht. Dass alles dieses „weltweit ein ökologisch nachhaltiges und sozial gerechte Leben für die meisten Menschen verhindert“ ist aber erst einmal eine hochabstrakte Verallgemeinerung. Was steht konkret an?

Es geht beispielsweise nicht nur um eine „Regulierung der Finanzmärkte“, sondern um die Rückholung der verselbständigten Geld- und Finanzsphäre in den politischen und sozialstaatlichen Kompetenzbereich, also auch um die Organisation des Bankwesens als sozialwirtschaftlicher Dienst am Gemeinwesen: Die Verhinderung jeglicher derartigen Entwicklung ist letztlich das Hauptverdienst der Europäischen Notenbank.

Es geht auch nicht nur um die allgemeine „Dominanz von Kapitalverwertungsinteressen“, sondern sehr konkret um die kapital- und finanzwirtschaftliche Unterordnung des Sozialstaats und die Übergriffigkeit der Kapitalwirtschaft auf den Sektor der sozialwirtschaftlichen Dienste. Unabdingbar für eine Wende ist hier die umrissene Steuerreform, dazu die grundsätzliche Zurückweisung der Privatisierung des Öffentlichen und dessen Instituierung in öffentlich-gemeinnützigen Formen.

Es geht auch nicht nur um eine nachgehende Umverteilung von kapitalistisch immer wieder herausgepresstem Reichtum, oder um die Mobilisierung von Ressourcen für sozialökologische Projekte, insoweit solche Investitionen in Nachhaltigkeit nur ein Modernisierungsprogramm für die Kapitalwirtschaft darstellen oder ein fragwürdiges grünes Label in die Märkte bringen.

Oder wie sollen sich „regionale Produktionsnetze“ ohne gesellschaftlich konkrete Raumordnung, Wirtschaftspolitik, Förderungsmaßnahmen und außenwirtschaftliche Regulierung entfalten könnten? Sollen beispielsweise die Kommunen bei ihrer Sozial- und Wirtschaftsförderung, bei Ausschreibung von Aufträgen und Projekten, weiterhin dem neoliberalen EU-Reglement unterworfen bleiben?

Charakter der EU als neoliberale Formierung im Weltsystem

Schließlich kann von einer tragfähigen sozial-ökologischen oder letztlich sozioökonomischen Transformation sinnvollerweise nicht die Rede sein, wenn dabei nicht auch das Verhältnis zur Europäischen Union so oder so geklärt wird:

Die EU-Kommission liefert nicht nur „Mogelpackungen“ in Bezug auf eine sozial-ökologische Transformation, sondern hat überhaupt nichts anderes im Sinn als die beharrlich bohrende, fortschreitende Durchsetzung neoliberaler Standards und Regularien im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. So wird mit der Aufklärung über den Europäischen Green Deal als ein „Programm, durch grüne Technologien europäischen Konzernen neue Märkte zu erschließen“, nur die offenkundige Haupttendenz belichtet. Aber mit welchen Konsequenzen?

Dass von Seiten dieser EU eine „Agrarwende“ erwartet oder erreicht werden könnte, die statt kapital- und exportgetriebener Massenproduktion auf die „Förderung ökologisch-solidarischer Landwirtschaft“ setzt, ist reinstes Wunschdenken: Der EU-Mercosur-Vertrag ist diesbezüglich ein neuer und nicht der letzte Schlag. Eine „gesunde und Ernährungssouveränität sichernde Landwirtschaft“ setzt jedenfalls eine in ihren Grenzen und nach ihren Gegebenheiten entscheidungs- und handlungsfähige, in der Tat „souveräne“ Sozialstaatlichkeit voraus.

Schließlich prallt der Ruf nach Konversion überflüssiger industrieller Produktionen oder Umwidmung militärischer Ressourcenverschwendung, nach radikaler Abrüstung ab an der zunehmenden Entwicklung der EU als juristisch und administrativ neoliberal konstituierter und fixierter, militärisch zunehmend gerüsteter und dabei mit einer aggressiven NATO weiterhin verbandelter, interventionsfähiger Block im kapitalistischen Weltsystem.

Zur den Perspektiven einer sozial-ökonomischen und ökologischen Transformation

In der Tat ist klar: „Ein Systemwechsel ist nötig“. Wir brauchen „System Change – not climate change“. Der Begriff „Sozial-ökologische Transformation“ soll für diesen „Systemwechsel“ stehen, „den wir in allen Lebensbereichen benötigen.“ Über die Frage, was den Kern des Systems ausmacht oder wie es im Ganzen strukturiert oder formiert ist, muss allerdings noch nachgedacht werden.

Sonst bleibt auch die zur „Lösung der Probleme“ angebotene Formel, eine „umfassende gesellschaftliche Kontrolle über Produktion und Verteilung von Gütern“, eine leicht angestaubte, in der Sprache der Philosophie „abstrakte Negation“. Die nötigen institutionellen Transformationen aus der sozialkapitalistischen Ausgangslage heraus, auch was die künftige Rolle von Wert- und Marktverhältnissen angeht, müssen konkreter gefasst werden.

Ähnliches gilt für die Perspektive einer „umfassenden demokratischen Teilhabe in allen Lebensbereichen“ und Gelegenheiten der Menschen, um „über die Ausgestaltung einer emanzipatorischen Gesellschaft“ zu entscheiden. Wohin führte eine radikale Demokratisierung über die liberal-repräsentative Demokratieform hinaus, ohne entsprechende Voraussetzungen in der gesellschaftlichen Institutionalisierung von Bildung, Wissen und sozialer Vernunft, ohne die praktische Anerkennung von Kompetenzverhältnissen? Der per Losverfahren ernannte digitale Idiot würde am Ende vielleicht fragen „Alexa, soll ich Ja oder Nein sagen?“.

Der Blick des Positionspapiers richtet sich schließlich aufs Weltganze und fördert, wie könnte es anders sein, wenig Ermutigendes zutage: Eine „zunehmend desintegrierte Welt“, in der die Kämpfe um Macht und Ressourcen „verstärkt zu Kriegen führen, die zusammen mit den Folgen der Klimakrise immer mehr Menschen in die Migration treiben“. Ein Haupteffekt dieser sich gewiss weiter verstärkenden Entwicklungen wird die Unterminderung der halbwegs vorhandenen und ohnehin fragilen zivilisatorischen Substanz der heutigen Weltgesellschaften sein.

Ich komme an diesem Punkt auf die Ahnung zurück, dass eine theoretische und programmatische Öffnung zur gesamten Alternativ-, System- und Transformationsproblematik nicht einfach zu meistern ist. So wird mit der lapidaren Feststellung, dass die „unnötige Produktion“ abgebaut und „stattdessen materielle Versorgung weltweit sichergestellt“ werden muss, eine ungeheure Problematik nur angedeutet. Als ganz und gar übergroßes Ding erscheint schließlich die Perspektive, „ein belastbares UN-geführtes Sicherheitsregime einzuführen“. Was dem gegenüber, ohne kosmopolitische Illusionen, machbar ist und auf dem langen Weg zu einer Systemalternative nötig erscheint, ist die Verteidigung der Substanz und der Perspektiven des demokratischen National- und Sozialstaats.

Materialien

Zur Fortentwicklung des Marxismus als dialektische Praxiswissenschaftlichkeit im 21. Jahrhundert. In: Novkovic, Dominik / Akel, Alexander (Hrsg.): Karl Marx - Philosophie, Pädagogik, Gesellschaftstheorie und Politik. Aktualität und Perspektiven der Marxschen Praxisphilosophie. Kasseler Philosophische Schriften – NF 8. Kassel 2018, S. 251-281. [Die Publikation als [Onlinetext](#)]

Transformationsforschung als dialektische Praxisanalytik. Mit Marx und Bloch auf dem Weg zur konkreten Systemalternative. In: VorSchein 35, Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation 2017, Antogo Verlag, Nürnberg 2018. [Der Artikel als [Onlinetext](#)]

Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus als Ausgangsbasis der Transformationanalyse. Auszug aus dem Konzept PRAXIS, Abschnitt 9.3, S. 434-459. [Der Auszug als [Onlinetext](#)]

Die gesellschaftlichen Infrastrukturen und eine Kapital(transfer)steuer als Schlüssel der Systemtransformation. Zur Grundlegung einer konsequenten Politik des Sozialen und gesellschaftlicher Emanzipation. In: Zeitschrift Widersprüche Nr. 150 (2018), S. 53-70. Als Beitrag zur PRAXIS-Diskussion 3 (2019). [Der Artikel als [Onlinetext](#)]

Kapitalwirtschaft oder eine zivilisierte Sozioökonomie als Systemalternative. Die Besteuerung des Kapitals und eine neue Wirtschaftsverfassung als Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation. Beitrag zur PRAXIS-Diskussion 2 (2019). (42 S.). [Der Artikel als [Onlinetext](#)]

Kontakt: dr.horst.mueller@t-online.de

Webseite: <https://www.praxisphilosophie.de>

Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. BoD-Verlag Norderstedt, Oktober 2015. ISBN 978-3-7386-4684-9 (600 S./ 24,80 EUR, als eBook 15,99 EUR). [Informationen und Sonderdrucke auf der [Webseite](#)]